



Jens Koeppen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Jens Koeppen MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Herrn Dr. Dietmar Woidke
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Berlin, 18.08.2017

Jens Koeppen MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-70163
Fax: +49 30 227-76163
jens.koeppen@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schwedt:

Berliner Straße 28
16303 Schwedt
Telefon: +49 3332-835483
Fax: +49 3332-835484
jens.koeppen.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau:

Friedrichstraße 19
17291 Prenzlau
Telefon: +49 3984-8621980
Fax: +49 3984-8621981
jens.koeppen@wk2.bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde:

Steinstraße 14
16225 Eberswalde
Telefon: +49 3332-835483
Fax: +49 3332-835484
jens.koeppen.wk@bundestag.de

Moratorium für den Ausbau der Windkraft im Land Brandenburg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

zwischenzeitlich ist presseöffentlich, dass in der von Ihnen geführten Landesregierung mittlerweile die Erkenntnis wächst, dass die bisherige Art und Weise des Windkraftausbaus in Brandenburg weder unserer Land noch den Klimaschutz voranbringen.

Bedauerlicherweise hat Ihr Kabinett die Chance mit dem zeitlich befristeten Bundesgesetz verstreichen lassen, um Landstriche vom Windkraftausbau auszunehmen. Vor Ort - das wird auch Ihnen sicherlich zunehmend von den Bürgern angetragen - nehmen Frust und Gegnerschaft zum Windenergieausbau zu.

Zu viele Anlagen, die viel zu dicht an der Siedlungsbebauung errichtet werden, zu wenig Leitungen, um den Strom in die Haushalte zu transportieren, zu hohe Vergütung für nicht genutzte Energieerzeugung und zudem steigende Energiepreise bei uns im Land.

Wer die Energiewende will, darf sich dem Ausbau Erneuerbarer Energiequellen nicht gänzlich entgegenstellen! Das will auch gegenwärtig kaum jemand. Jedoch müssen endlich Kriterien bei



uns im Land definiert werden, die einen Interessenausgleich herstellen und nicht die Menschen weiter in Gegnerschaft zum Umbau der Energieversorgung treiben.

Was regionale Planungsgemeinschaften dürfen und können, wird teilweise von der Landesplanung konterkariert, oder es werden bewusst Verunsicherungen geschaffen. Von der Landesregierung fehlt eine klare Positionierung, dass ein Kriterium „Mensch“ als Kriterium zur Ausweisung von Gebieten und Begrenzung von Gebieten benutzt werden kann.

Das gescheiterte Volksbegehren kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es genau dieser politische Ansatz ist, der die Akzeptanz mehr und mehr abnehmen lässt und darüber, dass die oftmals noch nicht gesehene eigene Betroffenheit bisher noch nicht das gänzliche Ausmaß des Akzeptanzverlustes zeigt.

Das Vertrauen darf nicht weiter verspielt werden, sondern es muss gelingen, die Energiewende für und mit den Menschen voranzutreiben!

Mit einem Moratorium für den Windkraftausbau im Land Brandenburg könnte die dringend notwendige Neuausrichtung erreicht werden.

Die Zeit eines Moratoriums in Brandenburg könnte genutzt werden:

- Die regionalen Planungsgemeinschaften so aufzustellen, dass die Interessen der Regionen ernsthaft abgewogen werden und nicht alles der Errichtung zusätzlicher Windenergieanlagen untergeordnet wird.



- Einen gesellschaftlichen Diskurs darüber zu führen, ob typische märkische Kiefernwälder wirklich Wälder 2. Klasse sind, die dem Windenergieausbau geopfert werden sollen.
- Einen Diskurs mit den Kommunen darüber zu führen, wie Ausgleichsmaßnahmen für die Errichtung von Windkraftanlagen helfen, die Akzeptanz vor Ort zu steigern und nicht durch finanzielle Zahlungen in einen „Brandenburg-Topf“ die betroffenen Bürger quasi entschädigungslos zurückzulassen.
- Überlegungen anzustellen, wie durch eine Bundesratsinitiative von Brandenburg möglichst bundesweit der Mensch besser als „Schutzfaktor“ bei der Energiewende berücksichtigt wird.

Ein Moratorium für den Windenergieausbau in Brandenburg, das ich dringend empfehle, wird nicht die Energiewende gefährden, sondern kann in unserem Landstrich einen Akzeptanzschub bringen und dabei helfen, unnötige Kosten zu vermeiden.

Der oftmals von den Windkraftanlagenherstellern befürchtete „Fadenriss“ ist für mich nicht erkennbar, da die Genehmigungsrate im letzten Jahr exorbitant hoch war, die „EEG-Planungen“ mehrfach übertroffen hat und die Produktion nicht vom Ausbau in Brandenburg abhängt. Zudem muss der Anlagenzubau immer auf das Ziel Energiewende ausgerichtet bleiben und darf keinen anderen Zielen untergeordnet werden.

In der Hoffnung, dass Sie meine dringende Empfehlung aufgreifen, verbleibe ich

mit besten Grüßen

Jens Koeppen MdB